

Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit,
Integration, Kinder und Familie -

Tagesordnung I Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 22. August 2018

Vorlagen-Nr. 18-F-02-0011

GWH / Soziale Stadtplus Schelmengraben

- Antrag der CDU-Rathausfraktion vom 14.08.2018 -

In dem Projekt Soziale Stadtplus Schelmengraben geht es um die Verbesserung der Wohnsituation in vielerlei Hinsicht im Schelmengraben. Seit 2013 finden daher unter Verwendung von Fördergeldern von Bund und Land Sanierungs- und Verbesserungsmaßnahmen statt. Dies betrifft neben dem Stadtteilzentrum, der Platzgestaltung um das Einkaufszentrum und Freiflächenmanagement auch die Neu- und Umgestaltung von Wohn- und Lebensraum. Die GWH ist bei letztgenanntem Aspekt die einzige Wohnungsbaugesellschaft im Projekt. Sie profitiert daher auch allein von Fördermitteln. Ausgerechnet die GWH ist es, die derzeit sehr bemüht ist, Mieterhöhungen im Schelmengraben, teilweise um bis zu den maximal möglichen 15 % durchzuführen. Die Fokussierung auf einen einzigen Projektpartner wurde von Beginn an kritisch gesehen. Die CDU kritisiert das Projekt explizit nicht grundsätzlich, eine Ausweitung auf weitere Projektpartner sollte jedoch überprüft werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- zu pr
 üfen, ob der Beschluss bez
 üglich finanzieller Zuwendungen f
 ür Ma
 ßnahmen im Wohnumfeld zur Verbesserung von Aufenthalts- und Nutzungsqualit
 äten auch zugunsten st
 ädtischer Betriebe oder sonstiger Initiativen unter Vorgabe der gleichen Zielsetzungen wie bisher ge
 ändert werden kann; oder
- 2. wenn dies nicht zu ändern ist, zu prüfen, ob auch städtische Betriebe oder sonstige Initiativen ebenfalls aktuelle Projektmittel aus dem Projekt Soziale Stadt Schelmengraben erhalten können, wenn sie die gleiche Zielsetzung verfolgen.

Beschluss Nr. 0097

- Der Antrag ist durch die Ausführungen von Herrn Stadtrat Manjura und die anschließende Aussprache erledigt.
- 2. Stadtrat Manjura sagt zu, dem Ausschuss schriftliche Unterlagen zukommen zu lassen.

Seite: 1/2

- Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie -

Seite 2 des Beschlusses Nr. 0097 vom 22. August 2018

Frau Stadtverordnetenvorsteherin mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .08.2018

Rutten Vorsitzender

Dem Magistrat mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .09.2018

Gabriel

Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat Wiesbaden, .09.2018

- 16 -

Dezernat VII

mit der Bitte um Kenntnisnahme Gerich

und weitere Veranlassung zu Ziffer 2. Oberbürgermeister

Seite: 2/2